

PRESSEINFORMATION

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 047.43 - P 273/2016 · Co

20.11.2016

Städtetag: "Betrieb der Ganztagschule muss einfacher und flexibler werden"

Stuttgart. Vor dem Ganztagschulgipfel des Kultusministeriums am Donnerstag, 24. November 2016, in Stuttgart mahnt der Städtetag Baden-Württemberg das Land, den Betrieb von gesetzlichen Ganztagsgrundschulen zu erleichtern.

Lediglich 383 Grundschulen und damit etwa 16 Prozent der etwa 2400 Grundschulen im Land haben die seit 2014 gegebene Möglichkeit genutzt, Ganztagschule zu werden. Der Ausbaustand liegt nach drei Genehmigungsrounden damit weit hinter den Erwartungen zurück. 70 Prozent der Grundschulen sollen 2022 über Ganztagsangebote nach neuem Recht verfügen.

„Schulen und Städte klagen unisono: Die Ganztagsgrundschule ist in jetziger Gestalt ein Bürokratiemonster. Ihr Betrieb muss einfacher und flexibler werden“, stellt Städtetagsdezernent Norbert Brugger fest. Viele Schulleiter scheuten den großen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bei einer Umwandlung zur Ganztagschule, setzten stattdessen weiter auf einfache Betreuungsangebote (Verlässliche Grundschule, flexible Nachmittagsbetreuung). „Das liegt auch an der Ganz-oder-Garnicht-Politik des Landes. Sobald es eine Ganztagsgrundschule einrichtet, streicht es die Landesförderung für Betreuungsangebote. Das füllt den Sparstrumpf des Landes, wird der Lebenswirklichkeit an den Schulen aber nicht gerecht und erzeugt dort lähmende Konflikte. Wir müssen respektieren, dass ein Teil der Elternschaft flexible Angebote gegenüber verbindlichen Ganztagsangeboten bevorzugt“, so Brugger.

Der Städtetag hat dem Kultusministerium im letzten Jahr einen 17-Punkte-Katalog zur Vereinfachung und Flexibilisierung der Ganztagsgrundschule vorgelegt. Er ist im Ministerium beraten, aber bislang nicht umgesetzt worden. Die Umsetzung dieses Katalogs wäre auch eine Antwort auf den dramatischen Abwärtstrend der baden-württembergischen Grundschulen im Ländervergleich laut Bildungstrend 2015 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen. Brugger: „Wir sind uns mit der Kultusministerin einig: Die Schulen brauchen mehr Zeit und Aufmerksamkeit für den Unterricht. Entlastung bei Verwaltungsaufgaben ist eine ganz konkrete Maßnahme dafür.“